

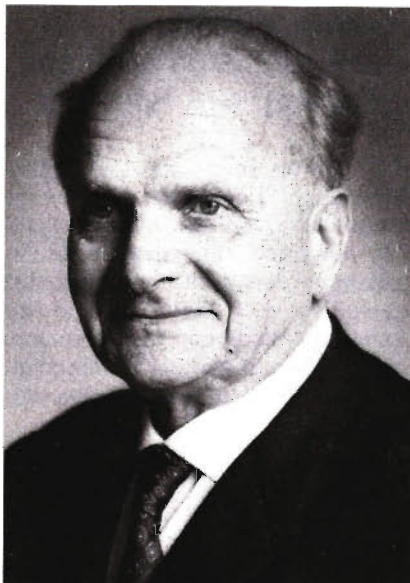
BAYERN

Gustav Sondermann gestorben

Auf dem 22. Bayerischen Ärztetag in Amberg 1969 – mit Vollendung seines 75. Lebensjahres – legte Gustav Sondermann, Träger der Paracelusmedaille der deutschen Ärzteschaft, nach vierzehnjähriger Amtszeit sein Amt als Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer nieder. Lange Jahre war er in dieser Eigenschaft Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer, insgesamt zwanzig Jahre hat er als Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Erlangen, als Vorsitzender des Ärztlichen Bezirksverbandes Mittelfranken und als Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Landesärztekammer für die bayerischen Kollegen gewirkt.

Der Name Sondermann wurde aber darüber hinaus im ganzen Bundesgebiet mit Hochachtung und Dankbarkeit genannt. Er ist es gewesen, der sich als einer der ersten um die Belange unserer Kollegen bei der Bundeswehr kümmerte, die Verbindung mit ihnen herstellte und pflegte, und Pläne entwickelte für die richtige Einordnung des Sanitäts-offiziers in der Bundeswehr, damit er als „Arzt in Uniform“ seine Aufgabe richtig erfüllen kann. Für das, was erreicht wurde, haben wir deshalb besonders ihm zu danken.

Aber auch in den Jahren, seit er sich zurückzog aus der aktiven Arbeit, hat er lebhaften Anteil an allen Geschehnissen und am Schicksal seines Berufsstandes genommen. Immer, wenn er den Eindruck hatte, daß wir besonders hart im Einsatz sind, kam sein ermutigendes Wort, fühlten wir seine innere Anteilnahme. Er hat sich zurückgezogen – aber er hat nicht resigniert. Das innere Feuer der Begeisterung für seinen Beruf und seinen Berufsstand und darüber hinaus für die Freiheit des Bürgers, ohne die dieser Beruf nicht leben und wirken kann, ist bei ihm



Gustav Sondermann Foto: Giessner

nie erloschen. Seine Betrachtungen und Erinnerungen, die er in den letzten Jahren niederschrieb, zeigen, aus welcher tiefen Empfindungen heraus dieser Mann Arzt wurde und sein Leben als Arzt geführt hat.

Gustav Sondermann war kein Freund lauter Reden und Proklamationen. Er gehörte äußerlich zu den „Stillen“ unter uns. Wer die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit spüren durfte, wer die Ergebnisse seines Wirkens wirklich kennt, der weiß, was die Ärzteschaft diesem Manne zu danken hat. Wenn man darüber hinaus noch das Glück hatte, ihn als väterlichen Freund zu besitzen, so wird man die Zeit des Zusammenarbeitens und des gemeinsamen Weges in der Standesarbeit zu den besonders wertvollen Jahren zählen.

In der letzten Zeit mußten wir mit Sorge bemerken, daß seine körperlichen Kräfte nachließen. Der Tod seiner lieben Frau vor einem Jahr hat das Seine dazu beigetragen. In der Nacht vom 4. zum 5. September folgte er ihr in den ewigen Frieden. Am 7. September trugen wir ihn in aller Stille, so wie er es wünschte, in Emskirchen zu Grabe. Sewering

NIEDERSACHSEN

Reine Luft in Amtsstuben

Getrennte Diensträume für Raucher und Nichtraucher sieht ein Runderlaß für die Behörden des Landes vor, der im niedersächsischen Innenministerium derzeit in Vorbereitung ist. Zwar sei nicht an ein generelles Rauchverbot gedacht, heißt es hierzu aus dem Ministerium, doch müsse dem Schutz der „passiven Raucher“ mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden, das Rauchen vom Einverständnis der in demselben Dienstraum tätigen Nichtraucher abhängig zu machen. Der Erlass wird auch einen Appell an die Raucher enthalten, sich zunehmend selbst darauf zu kontrollieren, ob ihr Verhalten gegenüber ihren nichtrauchenden Kollegen von dem Gebot angemessener Rücksichtnahme geleitet wird. DÄ-N

BERLIN

Datenverarbeitung in West und Ost

► 80 Millionen DM für „EDV-Gesamtplan“ in Berlin (West)

Ein von der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst erarbeiteter „EDV-Gesamtplan“ wurde jetzt vom Senat von Berlin genehmigt. Nach diesem Plan soll die elektronische Datenverarbeitung im wissenschaftlichen Bereich in Berlin großzügig ausgebaut werden und u. a. auch die Universitäten, Fachhochschulen, Bibliotheken und Universitätskliniken einbeziehen.

Für Geräte und Baumaßnahmen werden 80 Millionen DM, für Personal- und Sachausgaben jährlich 13,8 Millionen DM bereitgestellt. Der Bund soll im Hochschulbereich etwa 50 Prozent und im Rahmen der Erweiterung des regionalen Rechenzentrums um eine noch in

der Entwicklung befindliche Großrechenanlage etwa 85 Prozent der Kosten übernehmen. Bei der Planung wird damit gerechnet, daß die vorhandenen Rechenanlagen schon im nächsten Jahre voll beansprucht werden und bis zur Inbetriebnahme eines weiteren Großrechners sogar Engpässe entstehen.

Zu den wichtigsten, in das EDV-Programm einbezogenen Aufgaben im medizinischen Bereich gehören die Patientenversorgung an den FU-Kliniken Steglitz und Westend und die Einrichtung eines zentral abrufbereiten Bibliotheks- und Dokumentationspools. Voraussetzung hierfür ist die einheitliche Registrierung des gesamten Informationsmaterials.

Eine kooperative und organisatorische Verbindung der elektronischen Recheneinheiten des Großrechenzentrums mit den Rechenanlagen der freien Universität und der technischen Universität soll den Grundbedarf der wissenschaftlichen Institute und Einrichtungen in Berlin decken. Zur Ausbildung des erforderlichen Personals werden nicht nur die beiden Universitäten, sondern auch die pädagogische Hochschule und andere Fachhochschulen die erforderlichen Rechenkapazitäten bereitstellen. Neun von zehn der naturwissenschaftlichen, technischen und wirtschaftswissenschaftlichen sowie ein Viertel der geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen Studierenden sollen künftig eine ausreichende theoretische und praktische Computerausbildung erhalten.

► DDR-Zentralarchiv auf Mikrofilmen

Nach einer im Gesetzblatt der DDR veröffentlichten Anordnung des Wissenschaftsministeriums der DDR müssen künftig Universitäten, Akademien der Wissenschaften, Hoch- und Fachschulen ihre Dissertationen, Forschungs- und Entwicklungsberichte zur zentralen

Erfassung und Speicherung zur Verfügung stellen. Ausgenommen sind nur die Materialien militärischer Institutionen.

Die Forschungsergebnisse, Übersichten und sonstigen wissenschaftlichen Daten werden von dem Ostberliner Zentralinstitut für Information und Dokumentation auf Mikrofilmen und in der Form von Papierkopien gesammelt und katalogisiert. Unter Einhaltung der in der DDR geltenden Vorschriften über den Umgang mit Staats- und Dienstgeheimnissen können die gespeicherten Daten von einem festgelegten Interessentenkreis – auch aus den Mitgliedstaaten des COMECON – angefordert werden. zel

Wohnungen für Rollstuhlbewerber

Im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues sollen künftig möglichst in allen Stadtteilen Berlins Wohnungen für solche Behinderte gebaut werden, die auch innerhalb der Wohnung auf die ständige Benutzung eines Rollstuhles angewiesen sind. Alle Bürger, die hierfür in Frage kommen, sind vor kurzem aufgerufen worden, bei ihrem zuständigen Gesundheitsamt einen Bedarfsermittlungsbogen anzufordern. gr

MOSAİK

Mindelheim – Für die Aktion „Kampf dem Krebs“ haben Abiturienten des Maristenkollegs in Mindelheim bei einer zweitägigen Haus- und Straßensammlung 4938,02 DM zusammenbekommen.

Berlin – Im Jahre 1972 wurden in Berlin 113 Fälle von Kindesvernachlässigungen und 163 -mißhandlungen aufgedeckt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Lübecker Modell“

Als „Modellfall für die Bundesrepublik“ versteht sich das erste in Schleswig-Holstein gegründete Gemeinschaftslaboratorium, dem gegenwärtig 65 Ärzte aus Lübeck und Umgebung angeschlossen sind. Die bereits vor einem Jahr als „teilautomatisiertes klinisches Labor“ geschaffene Einrichtung ist vor wenigen Wochen in einen Neubau umgezogen, wo jetzt modernste Anlagen „zur Nutzung der technischen Möglichkeiten eines breiten, klinisch-chemischen und hämatologischen Laborspektrums für die ambulante Versorgung der Bevölkerung“ zur Verfügung stehen. Die Arbeitsweise des Gemeinschaftslabors als „ausgelagerter Praxisteil“ gewährleistet, daß der jeweils behandelnde Arzt Diagnostik und Therapie in seiner Hand behält und die alleinige Verantwortung für Umfang und Kosten der Maßnahmen trägt. Als Gesellschaft bürgerlichen Rechts – auf diese Feststellung wird Wert gelegt – erzielt die Arbeitsgemeinschaft im Gegensatz zum Beispiel zu einer GmbH keinen eigenen Gewinn. Zu den Gesellschaftern zählt auch ein Laborarzt, der innerhalb der aus drei Ärzten bestehenden Geschäftsführung das technische Ressort innehat und der wissenschaftliche Leiter des Laborbetriebes ist. Laut Vertrag obliegt ihm außerdem die Aufgabe, für eine umfassende Fortbildung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zu sorgen. Getrennt von dem Gemeinschaftslaboratorium unterhält der Laborarzt ein eigenes bakteriologisches und serologisches Laboratorium. Künftig sollen in das Programm des Gemeinschaftslaboratoriums auch automatisierbare Leistungen wie elektronische EKG-Vorauswertungen und ähnliche Untersuchungen eingebaut werden. In Betracht gezogen wird auch der Anschluß an die bei der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein in Bad Segeberg im Aufbau befindliche Computer-Anlage. gr